Ä6 zu A-6: Zivilgesellschaft im Nahen Osten schützen - Gerechten Frieden schaffen

Antragsteller*innen	Landesvorstand Grüne Jugend Berlin (dort beschlossen am: 01.07.2025)

Antragstext

Von Zeile 107 bis 108 einfügen:

aktuellen Situation ist es fatal, wenn zivilgesellschaftliche Organisationen dadurch geschwächt werden, dass ihnen aus intransparenten Gründen Fördermittel gestrichen werden. In Deutschland kommt es, insbesondere in Berlin, im Zuge von pro-palästinensischen Demonstrationen immer wieder zu exzessiver Polizeigewalt. Dafür wurde Deutschland im Juni 2025 vom Europarat gerügt. Dieser warnte vor schwerwiegenden Eingriffen in die Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Auflagen wie das Verbot von arabischer Sprache, das Verbot von Demonstrationen und Abschiebungen aufgrund von politischem Protest werden in dem Brief an den Innenminister Dobrindt klar verurteilt. Wir schließen uns dem an und verurteilen die exzessive Polizeigewalt und die weiteren Repressionen. Das Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit muss für alle gewahrt werden - auch wenn die Meinung der Protestierenden der Auffassung der Regierung zuwiderläuft. Zahlreiche Gerichtsurteile haben gezeigt, dass Anzeigen gegen pro-palästinensische Demonstrierende in den meisten Fällen nicht haltbar sind und fallen gelassen werden. Pro-palästinensische Demonstrierende dürfen nicht pauschal als antisemitisch verurteilt werden. Ihre Trauer um Ihre Angehörigen und ihre Forderungen nach Frieden sind legitim und müssen Gehör finden.

Wenn es auf Demonstrationen zu diskriminierenden Vorfällen kommt, gilt es, diese spezifischen Vorfälle klar zu verurteilen und dagegen vorzugehen. Fahnen der Islamischen Republik, Taliban oder des Islamischen Staates sowie antisemitische Parolen und Symbole haben bei Protesten für Frieden und Völkerrecht nichts zu suchen. Diese spezifischen, extremistischen Gruppen oder diskriminierenden Vorfälle verurteilen wir entschieden.

An den aktuellen Diskursen in Politik, Zivilgesellschaft und in den Medien sowie der Kritik von diversen Betroffenen sehen wir, dass der Umgang mit diskriminierenden Vorfällen auf

Demonstrationen ein Problem ist, auf das wir noch keine angemessene Antwort gefunden haben. Wir begrüßen, dass sich Teile der Veranstalter*innen der jüngsten Demonstrationen von diesen Akteuren und Symbolen im Nachhinein distanziert haben. Für die Zukunft sehen wir es als notwendig an, Konzepte gegen Diskriminierungsfälle und Schutzkonzepte für Betroffene auf Demonstrationen zu entwickeln und noch entschlossener vor Ort gegen Vorfälle vorzugehen. Wir selbst wollen uns mit Betroffenen darüber austauschen wie möglichst gut auf Vorfälle reagiert und diese im besten Fall verhindert werden können. Wir laden alle dazu ein, diesen Weg mit uns gemeinsam zu gehen.

Es ist notwendig und unsere humane Pflicht, Aufmerksamkeit auf die humanitäre Katastrophe und die massiven Menschenrechtsverletzungen in Gaza zu lenken. Das brutale und zum Teil willkürliche Vorgehen der Polizei und des deutschen Staates gegen pro-palästinensische Demonstrierende ist nicht zu rechtfertigen. Protest muss in einem demokratischen Staat möglich sein. Demonstrierende dürfen nicht pauschal Opfer von polizeilichen Repressionen werden wegen des Verhaltens einzelner Akteure oder Gruppen.

Begründung
erfolgt mündlich